



48/2013 29.11.2013

# Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. Bundesgesetzblatt

### [BGBl II 362/2013](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über die Aufhebung einer Wortfolge in § 2 Abs. 1 sowie der Bestimmung des § 2 Abs. 2 der **Schienenverkehrslärm-Immissionsschutzverordnung** durch den Verfassungsgerichtshof

### [BGBl II 364/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie mit der die Verordnung über den Bau und Betrieb von Schleppliften (**Schleppliftverordnung 2004** – Schlepplift-VO 2004) geändert wird

### [BGBl II 369/2013](#)

Verordnung der Bundesministerin für Finanzen betreffend Umsätze, für welche die Steuerschuld zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs auf den Leistungsempfänger übergeht (**Umsatzsteuerbetrugsbekämpfungsverordnung** – USt-BBKV)

### [BGBl II 374/2013 \(Anlage\)](#)

Zweite Verordnung der Bundesministerin für Finanzen über Leistungsangebote 2013 nach dem Transparenzdatenbankgesetz 2012 (**Zweite Transparenzdatenbank-Leistungsangebotsverordnung 2013**)

### [BGBl II 375/2013 \(Anlage 1, Anlage 2\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie über die wiederkehrende Überprüfung und die ergänzenden Überprüfungen von Seilbahnen (**Seilbahnüberprüfungs-Verordnung 2013** – SeilbÜV 2013)

### [BGBl II 380/2013](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über zeitlich befristete Ausnahmen von einzelnen Bestimmungen des Emissionszertifikategesetzes 2011 (**EZG-Ausnahmen-Verordnung Luftverkehr**)

### [BGBl II 381/2013](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zur Festsetzung der Kriterien für die Führung der geschäftsplanmäßigen Rückstellung für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten (**Verwaltungskostenrückstellungsverordnung 2013** – VKRStV 2013)

### [BGBl II 382/2013](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Zuordnung von Ratings anerkannter Rating-Agenturen zu Bonitätsstufen (**CRR-Mappingverordnung** – CRR-MappingV)

### [BGBl III 307/2013 \(Anlage\)](#)

Vereinbarung zwischen der Regierung der **Republik Österreich** und der Regierung der **Republik Slowenien** zu Änderungen und Ergänzungen der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Slowenien über die **Übernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze** vom 3. Dezember 1992

### [BGBl III 310/2013 \(Anlage\)](#)

Abkommen über die Änderung des Abkommens zwischen der **Österreichischen Bundesregierung** und der **Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong** der Volksrepublik China über **Fluglinien**

## II. Amtsblatt der EU

### [ABI L 316 v 27.11.2013, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) Nr 1203/2013 des Rates vom 26. November 2013 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr 267/2012 über restriktive Maßnahmen gegen Iran

## III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

### A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

### B. Verwaltungsgerichtshof

#### 26.09.2013, [2013/07/0046](#)

**AbfallwirtschaftsG 2002**; **Verhängung einer Verwaltungsstrafe** wegen Nichterrichtens einer Lärmschutzwand; die belangte Behörde ist zu einer klarstellenden **Modifizierung der Tatumschreibung** berechtigt und überschreitet dabei nicht den Gegenstand des erstinstanzlichen Verfahrens; bei den Unterlassungen handelt es sich nicht um ein fortgesetztes Delikt; die dem Bf vorgeworfenen Unterlassungen verstießen gegen zwei inhaltlich völlig unterschiedliche Vorschriften des Bescheids

#### 26.09.2013, [2013/07/0047](#)

**AbfallwirtschaftsG 2002**; die Betriebszeiten wurden als **Bestandteil eines Sanierungskonzeptes** verpflichtend vorgeschrieben; es kann nicht davon ausgegangen werden, es handle sich dabei lediglich um eine Wiederholung einer be-

reits bestehenden Auflage; ist die Vorschreibung der Betriebszeiten zum einen Teil der Bewilligung eines Sanierungskonzeptes und zum anderen als Gegenstand einer auf § 62 Abs 3 AbfallwirtschaftsG 2002 gestützten ausdrücklichen Anordnung, so geht die Bestrafung wegen der Nichteinhaltung der Betriebszeiten nach § 79 Abs 1 Z 17 AbfallwirtschaftsG 2002 einer Bestrafung wegen der Übertretung einer Bescheidvorschreibung nach § 79 Abs 2 Z 11 AbfallwirtschaftsG 2002 vor

**22.10.2013, [2011/10/0164](#)**

**ForstG**; liegt ein durch die Wohlfahrtsfunktion begründetes **besonderes öffentliches Interesse an der Walderhaltung** vor, kommt eine **Rodungsbewilligung** nur in Betracht, wenn ein öffentliches Interesse an einer anderen Verwendung überwiegt; die gegenständlich geplante Erneuerung einer Transportwasserleitung dient der Verwirklichung dieser öffentlichen Interessen

**22.10.2013, [2012/10/0002](#)**

**AVG**; das **Recht auf Akteneinsicht** gem § 17 AVG kommt den Parteien eines anhängigen oder abgeschlossenen Verfahrens unabhängig davon zu, zu welchem Zweck sie die Akteneinsicht begehrt haben; die Partei ist daher auch nicht verpflichtet zu begründen, zu welchem Zweck sie Akteneinsicht benötigt; eine **Beschränkung des Rechts auf Akteneinsicht** kann sich gem § 17 Abs 1 AVG aus dem betreffenden Materiegesetz („soweit in den Verwaltungsvorschriften nicht anderes bestimmt ist“) bzw gem § 17 Abs 3 AVG zur Wahrung der dort genannten Interessen ergeben; die belangte Behörde hat sich jedoch nicht auf das Vorliegen einer derartigen Beschränkung berufen

**22.10.2013, [2012/10/0173](#)**

**ForstG**; das **Ablagern von Abfällen im Wald** stellt eine **Waldverwüstung** dar; lässt sich die dafür verantwortliche Person nicht feststellen, so hat die Behörde der Gemeinde, in deren örtlichem Bereich die Ablagerung des Abfalls im Wald erfolgt ist, die Entfernung des Abfalls auf deren Kosten aufzutragen; lässt sich die Person des Ablagerers oder Verursachers feststellen kommt die Erlassung eines Auftrags zur Entfernung von Abfällen an die Gemeinde nicht in Betracht; dies ist auch dann der Fall, wenn die Person zwar feststeht aber bereits verstorben ist

**22.10.2013, [2013/10/0094](#)**

**ArzneimittelG**; Verhängung einer Geldstrafe wegen Inverkehrbringens von **cannabinomimetischen Räuchermischungen**; die Produkte sind nach der Erwartung der Konsumenten derartiger Räuchermischungen (somit der „Verkehrskreise“) geeignet, den Körperzustand sowie seelische Zustände gezielt zu beeinflussen und somit eine arzneiliche Wirkung gem § 1 Abs 1 Z 5 ArzneimittelG zu erzielen; sie sind damit zu Recht nach der objektiven Zweckbestimmung **als Arzneimittel zu qualifizieren**

**22.10.2013, [2013/10/0140](#)**

**UniversitätsG**; der Abschluss des Fachhochschul-Masterstudienganges „Software Engineering“ berechtigt den Bf jedenfalls zum **Doktoratsstudium der technischen Wissenschaften**; eine **Gleichwertigkeitsprüfung** bzw die Auflage von Prüfungen iSd § 64 Abs 4 zweiter Satz UniversitätsG kommt nicht in Betracht

**22.10.2013, [2013/10/0152](#)**

**Tir NaturschutzG**; eine Gemeinde kann nur solche **Verletzungen des Tir NaturschutzG** geltend machen, die gleichzeitig auch den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde berühren

**23.10.2013, [2013/03/0098](#)**

**GefahrgutbeförderungsG; VStG; Gefahrgutbeförderung** ohne Mitführen eines Feuerlöschmittels; sofern die Verwaltungsvorschriften nichts anderes bestimmen und soweit nicht verantwortliche Beauftragte bestellt sind, ist für die Einhaltung der Verwaltungsvorschriften durch juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften verwaltungsstrafrechtlich verantwortlich, wer zur Vertretung nach außen berufen ist; wird ein Täter als **verantwortliches Organ** einer juristischen Person bestraft, so ist im Spruch des Straferkenntnisses die Art der Organfunktion, der zufolge der Täter zur Vertretung nach Außen berufen ist, eindeutig anzuführen

**24.10.2013, [2010/07/0171](#)**

**Stmk AbfallwirtschaftsG**; Nachsortierung von in Müllbehältern eingebrachten Abfällen; ein **rechtliches Interesse** einer Partei an einer **bescheidmäßigen Feststellung** ist gegeben, wenn der Feststellungsbescheid für die Partei ein geeignetes Mittel zur Beseitigung aktueller oder zukünftiger Rechtsgefährdung ist; es besteht kein Rechtsanspruch auf Feststellung der Rechtmäßigkeit eines in der Vergangenheit gelegenen Verhaltens, aus dem (noch) keine rechtlichen Konsequenzen gezogen wurden; mit dem Feststellungsantrag, ob der Bf eine Sortierung gem § 17 Stmk AbfallwirtschaftsG untersagt ist, wird die Klarstellung ihres Rechtes auf Nachsortierung für die Zukunft verfolgt, weshalb auch ein rechtliches Interesse an einem Feststellungsbescheid besteht

**24.10.2013, [2011/07/0119](#)**

**WasserrechtsG 1959**; Ansuchen um Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung für ein **Kleinwasserkraftwerk**; aus § 109 Abs 2 letzter Satz WasserrechtsG 1959 idF des AgrarrechtsänderungsG 2001, womit der Abschluss der mündlichen Verhandlung erster Instanz bzw der Zeitpunkt der Erlassung des Bescheides erster Instanz als spätester Zeitpunkt für die Geltendmachung eines widerstreitenden Projektes festgesetzt wurde, ist zu folgern, dass damit auch der spätestmögliche Zeitpunkt für den Antrag auf **Durchführung eines Widerstreitverfahrens** normiert werden sollte; sofern im erstinstanzlichen Bewilligungsverfahren eine mündliche Verhandlung stattfindet, kann ein konkurrierendes Bewilligungsansuchen zulässigerweise nur vor Abschluss der Verhandlung gestellt werden; auch wenn mit einem erstinstanzlichen Bescheid (nur) über den Vorzug eines widerstreitenden Projektes entschieden wurde, ist die Stellung eines weiteren konkurrierenden Bewilligungsansuchens nach der Erlassung dieses Bescheides jedenfalls unzulässig

**24.10.2013, [2011/07/0136](#)**

**WasserrechtsG 1959**; Ansuchen um nachträgliche wasserrechtliche Bewilligung für verschiedene Abänderungen gegenüber der ursprünglich bewilligten **Abwasserbeseitigungsanlage**; aus dem Zweck des **Überprüfungsverfahrens** nach § 121 WasserrechtsG 1959 ergibt sich, dass als Einwände der Nachbarn solche vorgebracht werden können, die eine ihre Rechte beeinträchtigende mangelnde Übereinstimmung der ausgeführten mit der bewilligten Anlage geltend machen, und solche, mit denen die Verletzung ihrer Rechte durch eine allfällige nachträgliche Bewilligung von Abweichungen vorgebracht wird; weder die bloße Besorgnis noch die schon erwiesene Möglichkeit einer Verletzung fremder Rechte rechtfertigt die Abweisung eines Antrages auf Erteilung einer (nachträglichen) wasserrechtlichen Bewilligung, sondern erst ein entsprechend hohes Kalkül der zu gewärtigenden Rechtsverletzung, und eine solche Beeinträchtigung muss mit einem entsprechend hohen Kalkül der Eintrittswahrscheinlichkeit im Verfahren hervorgekommen sein; keine Bedenken gegen die Beurteilung der Behörde, dass keine projektbedingte Beeinträchtigung des Grundstückes des Bf iSd § 12 Abs 2 WasserrechtsG 1959 vorliege

**24.10.2013, [2011/07/0151](#)**

**WasserrechtsG 1959**; wasserrechtliche Bewilligung zur Errichtung einer Geländeauffüllung; bescheidmäßige Verpflichtung des Bf die **Kosten des Bauaufsichtsorganes** zu tragen; eine Pauschalierung der vom Unternehmer zu tragenden Kosten der wasserrechtlichen Bauaufsicht ist nur bei einem Einvernehmen zulässig; ohne ein solches Einvernehmen sind die zu bestimmenden Kosten der wasserrechtlichen Bauaufsicht aufzuschlüsseln; mangels Einvernehmen mit dem Bf über eine allfällige Pauschalierung, war die Vorschreibung eines bloßen Gesamtbetrages im angefochtenen Bescheid – ohne nähere Aufgliederung – unzulässig

**24.10.2013, [2011/07/0160](#)**

**UmweltverträglichkeitsprüfungsG 2000**; Antrag auf Feststellung des **Erfordernisses einer Umweltverträglichkeitsprüfung** zur Errichtung und zum Betrieb eines **Ausleitungskraftwerkes**; keine Unklarheit bzgl der Abstandsangaben durch ausdrückliches Anführen der Stauwurzel des Kraftwerkes R im angefochtenen Bescheid; bei der Beurteilung, ob eine Kraftwerkskette bzw eine freie Fließstrecke zwischen zwei oder mehreren Stauhaltungen von Kraftwerken von zumindest 2 km Länge iSd Z 30 des Anhanges 1 zum UmweltverträglichkeitsprüfungsG 2000 vorliegt, ist auch der Bereich der Strecke der mit dem Kraftwerk projektierten Unterwassereintiefung einzubeziehen

**24.10.2013, [2012/07/0055](#)**

**AVG**; das **Recht zur Einbringung einer Berufung** (§ 63 Abs 1 AVG) steht – soweit die Verwaltungsvorschriften nicht ausdrücklich anderes regeln – nur demjenigen zu, der im Verwaltungsverfahren die Stellung als (vom Bescheid betroffene) Partei iSd § 8 AVG innehat; die Parteistellung und das Berufungsrecht können durch eine Änderung der Sach- oder

Rechtslage, so etwa wegen Überganges des Eigentumsrechtes an einem Grundstück bei dinglichen Bescheiden, verloren gehen; in einem solchen Fall tritt der Rechtsnachfolger in die Parteistellung des Berufungswerbers ein

**24.10.2013, [2013/07/0053](#)**

**WasserrechtsG 1959**; Inanspruchnahme von **Grundflächen als Retentionsflächen**; eine vom Zwangsrecht betroffene Partei hat ein subjektives Recht darauf, dass Zwangsrechte zu ihren Lasten nicht ohne eine die Maßnahme betreffende Interessenabwägung iSd Gesetzes begründet werden; die **Reduzierung von Hochwasserschäden und Überflutungen** von bewohntem Gebiet liegen zweifelsfrei im öffentlichen Interesse; ein geringer Wirkungsgrad des Wasserbauvorhabens hat im Rahmen der Interessenabwägung Berücksichtigung zu finden; gleichzeitig bedeutet dies einen geringen, weil seltenen Eingriff in die Rechte des Bf

**24.10.2013, [2013/07/0061](#)**

**WasserrechtsG 1959**; gem § 38 Abs 1 WasserrechtsG 1959 besteht nicht nur für Bauten an Ufern, sondern auch für andere Anlagen innerhalb der Grenzen des Hochwasserabflusses fließender Gewässer eine Bewilligungspflicht; ein **wasserpolizeilicher Auftrag zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustands** nach § 138 Abs 1 lit a WasserrechtsG 1959 durfte den Bf aber nur erteilt werden, wenn das öffentliche Interesse es erfordert oder der Betroffene es verlangt; gem § 105 Abs 1 lit b WasserrechtsG 1959 kann ein Antrag auf Bewilligung eines Vorhabens als unzulässig angesehen werden oder nur unter entsprechenden Auflagen und Nebenbestimmungen bewilligt werden, wenn eine erhebliche Beeinträchtigung des Ablaufes der Hochwässer und des Eises oder der Schiff- oder Floßfahrt zu besorgen ist; dahingehend liegen Ermittlungsmängel und Begründungsmängel des angefochtenen Bescheids vor

**24.10.2013, [2013/07/0122](#)**

**VStG**; ein UVS kann ungeachtet eines Parteienantrages von einer Verhandlung nur dann absehen, wenn er – neben weiteren Voraussetzungen – einen verfahrensrechtlichen Bescheid zu erlassen hat; die Bestätigung eines erstinstanzlichen Straferkenntnisses stellt keinen verfahrensrechtlichen Bescheid iSd § 51e Abs 4 VStG dar, sodass der **Entfall einer mündlichen Verhandlung** nicht auf diese Bestimmung gestützt werden kann

**28.10.2013, [2011/05/0152](#)**

**BauO für Wien**; Auftrag zur Beseitigung eines gänzlich von der Bewilligung abweichenden Kleingartenwohnhauses; Umstände, über die im Titelbescheid bereits rechtskräftig entschieden wurde und die (bei unverändert gebliebenem Sachverhalt) daher im **Vollstreckungsverfahren** vom Verpflichteten wegen der Rechtskraftwirkung des Titelbescheides nicht mehr aufgerollt werden können, bilden keinen **Berufungsgrund**; es ist folglich ausgeschlossen, im Zuge des Vollstreckungsverfahrens Einwendungen vorzubringen, die sich gegen den Titelbescheid richten; es kann auch unter Berücksichtigung des Schonungsprinzips im Verwaltungsvollstreckungsverfahren nicht bloß die **Verkleinerung der Baulichkeit** erzwungen werden, wenn der Titel auf Abtragung lautet

**28.10.2013, [2012/05/0074](#)**

**Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010; Untersagung von Formulierungen in AGB**; aus den gegenseitlichen Klauseln lässt sich kein Hinweis entnehmen, dass die physische Trennung der Netzverbindung ohne ein **qualifiziertes Mahnverfahren** vereinbart wäre; die Klauseln nehmen keinerlei Bezug auf eine Abschaltung, sondern erfassen lediglich die Beendigung des Liefervertrages; ohne einen solchen Zusammenhang kann die Bf mit ihren AGB aber nicht gegen § 82 Abs 3 EIWOG 2010 verstoßen

## IV. Gerichtshof der Europäischen Union

### A. Gerichtshof

#### [26.11.2013, Rs C-58/12 P, Groupe Gascogne / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Sektor der **Industriesäcke aus Kunststoff** – Zurechenbarkeit einer Zuwiderhandlung der Tochtergesellschaft gegenüber der Muttergesellschaft – **Berücksichtigung der Gesamtumsätze der Gruppe** bei der Berechnung der **Obergrenze der Geldbuße** – **Überlange Dauer des Verfahrens** vor dem Gericht – **Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes**

#### [26.11.2013, Rs C-50/12 P, Kendrion / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Sektor der **Industriesäcke aus Kunststoff** – Zurechenbarkeit der Zuwiderhandlung der Tochtergesellschaft gegenüber der Muttergesellschaft – **Gesamtschuldnerische Haftung der Muttergesellschaft** für die gegen die Tochtergesellschaft festgesetzte Geldbuße – **Überlange Dauer des Verfahrens** vor dem Gericht – **Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes**

#### [26.11.2013, Rs C-40/12 P, Gascogne Sack Deutschland \(anciennement Sachsa Verpackung\) / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Sektor der **Industriesäcke aus Kunststoff** – Zurechenbarkeit einer Zuwiderhandlung der Tochtergesellschaft gegenüber der Muttergesellschaft – **Überlange Dauer des Verfahrens** vor dem Gericht – **Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes**

#### [28.11.2013, Rs C-576/11, Kommission / Luxemburg](#)

**Vertragsverletzung** eines Mitgliedstaats – Richtlinie 91/271/EWG – Behandlung von **kommunalem Abwasser** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Art 260 AEUV – Finanzielle Sanktionen – **Verhängung eines Zwangsgelds und eines Pauschalbetrags**

#### [28.11.2013, Rs C-319/12, MDDP](#)

Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 bis 134 und 168 – Befreiungen – **Von Einrichtungen des Privatrechts in Gewinnerzielungsabsicht erbrachte Bildungsleistungen** – **Recht auf Vorsteuerabzug**

#### [28.11.2013, Rs C-309/12, Gomes Viana Novo ua](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 80/987/EWG – Richtlinie 2002/74/EG – **Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – **Garantieeinrichtungen** – Begrenzung der Zahlungspflicht der Garantieeinrichtungen – **Ansprüche auf Arbeitsentgelt, die mehr als sechs Monate vor Erhebung einer Klage auf Feststellung der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers fällig geworden sind**

#### [28.11.2013, Rs C-280/12 P, Conseil / Fulmen et Mahmoudian](#)

Rechtsmittel – **Restriktive Maßnahmen gegen die Islamische Republik Iran** zur Verhinderung der nuklearen Proliferation – **Einfrieren von Geldern** – Pflicht zum **Nachweis der Begründetheit der Maßnahme**

### B. Schlussanträge

#### [26.11.2013, Rs C-421/12, Kommission / Belgien \(GA Cruz Villalón\)](#)

**Vertragsverletzung** – **Verbraucherschutz** – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Richtlinie 2005/29/EG – Ausschluss von freien Berufen, Zahnärzten und Physiotherapeuten – **Nationale Regelung über die Ankündigung von Preisermäßigungen** – Nationale Regelung, die bestimmte Formen ambulanter Tätigkeiten verbietet oder einschränkt – **Besserer Schutz** – **Vollständige Harmonisierung**

[26.11.2013, Rs C-359/12, Timmel \(GA Sharpston\)](#)

Richtlinie 2003/71/EG und Verordnung (EG) Nr 809/2004 – **Basisprospekt** – Nachträge zu einem Prospekt – **Endgültige Bedingungen – Veröffentlichung eines Prospekts in elektronischer Form**

[26.11.2013, Rs C-314/12, UPC Telekabel Wien \(GA Cruz Villalón\)](#)

Informationsgesellschaft – **Rechte des geistigen Eigentums** – Richtlinie 2001/29/EG – Art 8 Abs 3 der Richtlinie 2001/29/EG – **Art 16 der Charta der Grundrechte** – Maßnahmen gegen eine **massiv das Urheberrecht verletzende Website** – Anordnung gegen einen Internet Access Provider als Vermittler, dessen Dienste von einem Dritten zur Verletzung eines Urheberrechts genutzt werden – **Anordnung der Sperre einer das Urheberrecht verletzenden Website**

[28.11.2013, Rs C-530/12 P, OHMI / National Lottery Commission \(GA Bot\)](#)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 53 Abs 2 Buchst c – Gemeinschaftsmarke – **Antrag auf Nichtigerklärung** auf der Grundlage eines **älteren nationalrechtlichen Urheberrechts** – Kenntnis und Auslegung des nationalen Rechts – **Amt des Unionsrichters**

[28.11.2013, verb Rs C-501/12 bis C-506/12, C-540/12 und C-541/12, Specht \(GA Bot\)](#)

Sozialpolitik – **Diskriminierungen von Arbeitnehmern wegen des Alters** – Regelung eines Mitgliedstaats, nach der sich das **Grundgehalt eines Beamten nach dessen Alter richtet**

## C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

## V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

**26.11.2013, Beschwerde Nr. [27853/09](#), X. / Lettland**

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); gerichtliche Anordnung, das **Kind** der Bf in das **Geburtsland** Australien zum Vater **zurückzuschicken**, nachdem es die Mutter mit sich nach Lettland genommen hatte, konventionswidrig; bei **Anwendung des Haager Übereinkommens** über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung in Kombination mit EMRK hat **Kindeswohl Priorität**; keine hinreichende Beachtung der **prozessualen Aspekte des Art 8 EMRK**

**26.11.2013, Beschwerde Nr. [5809/08](#), Al-Dulimi und Montana Management Inc. / Schweiz**

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Einfrierung von Schweizer Konten** eines Unternehmens mit Sitz in Panama aufgrund einer **Resolution des UN-Sicherheitsrates** als Embargo gegen den Irak nach dessen Einmarsch in Kuwait 1990; trotz bestehender Bindung der Staaten an aus völkerrechtlichen Verträgen resultierende Verpflichtungen, muss **Rechtmäßigkeit** einer derartigen **Sanktion vor nationalen Gerichten überprüfbar** sein

**28.11.2013, Beschwerde Nr. [39534/07](#), Österreichische Vereinigung zur Erhaltung, Stärkung und Schaffung eines wirtschaftlich gesunden land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes / Österreich**

(Keine) Verletzung von **Art 10** (Recht auf Information) und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **Weigerung der Tiroler Grundverkehrskommission** der Bf NGO **Einsicht in Daten zu gewähren** konventionswidrig; **Informationsmonopol** der Behörde, da Entscheidungen nicht veröffentlicht werden; keine hinlängliche Begründung der Weigerung, Einsichtnahme zu gestatten

28.11.2013, Beschwerde Nr. [7345/12](#), *Glien / Deutschland*

Verletzung von **Art 5 Abs 1** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Art 7 Abs 1 EMRK** (Keine Strafe ohne Gesetz); **Sicherungsverwahrung** des Bf nach vollständigem Vollzug der Haftstrafe **konventionswidrig**; **Bedingungen** der Sicherungsverwahrung **ähnlich** jenem eines **herkömmlichen Gefängnisaufenthalts**, ungeeignet für geistig abnorme Rechtsbrecher

## [Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### Disclaimer

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerbe-recht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

### Impressum

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.